

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

INHALT

1. Vertragsgrundlagen	2
2. Allgemeine Angebotsbedingungen für Beratungsdienstleistungen	2
2.1. Erstellung und Einreichung des Angebots.....	2
2.3. Subunternehmer und notwendige Subunternehmer.....	3
2.4. Subunternehmerleistungen	3
2.5. Bietergemeinschaften.....	4
2.6. Nachweise und Ausschlussgründe.....	4
2.7. Abänderungsangebote	4
2.8. Rechenfehler	4
2.9. Optionen.....	4
2.10. Örtliche Verhältnisse.....	5
2.11. Unklarheiten in den Beschaffungsunterlagen	5
2.12. Maßnahmen gegen Korruption und Wettbewerbsbeschränkungen	5
2.13. Geheimhaltung von vertraulichen Informationen	5
2.14. Zuschlagsfrist.....	6
2.15. Rechtsschutz, Vergabekontrollbehörden	6
2.16. Schadenersatz.....	6
3. Allgemeine Vertragsbedingungen für Beratungsdienstleistungen.....	6
3.1 Leistung – Ausführung	6
3.2 Leistungsänderungen (Change Requests).....	7
3.3 Modalitäten der Leistungserbringung	7
3.4 Abnahme von Ausarbeitungen	8
3.5 Verzug, Ersatzvornahme.....	8
3.6 Vertragsstrafen.....	9
3.7 Gewährleistung	9
3.8 Schadenersatz	9
3.9 Ordentliche Kündigung.....	10
3.10 Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund	10
3.11 Eigentum und Immaterialgüterrechte	10
3.12 Schlüsselpersonal	11
3.13 Preise und Preisnachlässe.....	12
3.14 Rechnungslegung und Zahlungsbedingungen.....	12
3.15 Treueverhältnis.....	13
3.16 Dienstleistervereinbarung im Sinne des Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000).....	13
3.17 Aufrechnung.....	14
3.18 Gerichtsstand, anwendbares Recht	14
3.19 Zurückbehaltung, Leistungspflicht und Verzinsung	14
3.20 Allgemeines.....	14

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

1. Vertragsgrundlagen

1.1. Für die Beschaffungsprozesse der Niederösterreichischen Landeskliniken-Holding (in der Folge auch „NÖ LK-H“ oder „AG“) in der Leistungsgruppe Beratungsdienstleistungen gelten die folgenden Regelwerke in nachfolgender Rangfolge:

1. die Unterlagen eines Beschaffungsprozesses der NÖ LK-H
2. diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-NÖLKH-BL) in der unter Punkt 1.2 definierten Fassung, soweit sie nicht im Einzelfall durch ausdrückliche schriftliche Vereinbarung, Nebenabreden oder Änderungen abgeändert, ergänzt oder außer Kraft gesetzt werden.

1.2. Die AGB-NÖLKH-BL gelten in der zum Zeitpunkt der Einleitung des Beschaffungsvorganges geltenden Fassung. Als „eingeleitet“ gelten Verfahren zu jenem Zeitpunkt, zu dem die Bekanntmachung erfolgt ist, oder bei Verfahren ohne vorheriger Bekanntmachung zu jenem Zeitpunkt, an dem die Einladung zur Anbotlegung erfolgt ist.

1.3. Der Beschaffungsvorgang des AG unterliegt den vergaberechtlichen Bestimmungen der Direktvergabe mit oder ohne vorheriger Bekanntmachung unter Heranziehung der nachfolgenden Bestimmungen, sofern vom AG nicht ausdrücklich eine andere Verfahrensart gewählt wurde.

2. Allgemeine Angebotsbedingungen für Beratungsdienstleistungen

2.1. Erstellung und Einreichung des Angebots

2.1.1. Der Bieter hat sich bei der Erstellung und der Einreichung seines Angebots an die Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006 in der zum Zeitpunkt der Einleitung des Beschaffungsprozesses geltenden Fassung (BVerG) zu halten sowie sein Angebot unter Zugrundelegung dieser Angebotsbedingungen (Punkt 2) und der Vertragsbedingungen für Beratungsdienstleistungen zu erstellen.

2.1.2. Das Angebot (einschließlich des Leistungsverzeichnisses) ist vollständig ausgefüllt, in einem verschlossenen Kuvert, das mit der im Beschaffungsprozess genannten Bezeichnung gekennzeichnet ist, innerhalb der festgesetzten Angebotsfrist an die festgelegte Stelle per Post oder Boten zu senden oder dort persönlich innerhalb der Geschäftszeiten abzugeben. Für das fristgerechte Einlangen ist der Bieter alleine verantwortlich.

2.1.3. Das Angebot ist vom Bieter an der dafür vorgesehenen Stelle einmal rechtsgültig zu unterfertigen. Kann die Vertretungsbefugnis der unterfertigenden Person nicht aus dem Firmenbuch ersehen werden (z.B. Geschäftsführer oder Prokurist), so muss bereits im Angebot die Rechtsgültigkeit der Unterfertigung nachgewiesen werden (dem Angebot ist diesfalls eine Vollmacht beizulegen, anhand derer der AG die Zeichnungsberechtigung der unterfertigenden Person feststellen kann).

2.1.4. Mit der rechtsgültigen Unterfertigung des Angebotes anerkennt der Bieter ohne Einschränkungen alle Bestimmungen des Beschaffungsprozesses (insbesondere das Leistungsverzeichnis und die vertragsrechtlichen Vorgaben).

2.1.5. Bei Direktvergabeverfahren kann das Angebot oder die unverbindliche Preisauskunft auch mittels Telefax oder per E-Mail eingereicht werden.

2.1.6. Das Angebot und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu verfassen. Beilagen und Nachweise sind in der aktuellen Fassung in Kopie, in deutscher oder englischer Sprache (soweit sie nicht in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sind, sind sie in Kopie in beglaubigter deutscher Übersetzung) beizulegen sowie zusätzlich in elektronischer Fassung zur Verfügung zu stellen. Alle Anfragen, Korrespondenzen etc. haben in deutscher Sprache zu erfolgen.

2.1.7. Die Ausarbeitung des Angebotes samt den erforderlichen Vorleistungen und Kalkulationen, die Anfertigung sonstiger angeführter Beilagen und Nachweise sowie allfällige Präsentationen oder Teststellungen werden vom AG nicht vergütet.

2.1.8. Die Erstellung des Angebotes für in Österreich zu erbringende Leistungen hat unter Berücksichtigung der in Österreich geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften zu erfolgen. Der Bieter verpflichtet sich, bei der Durchführung des Auftrages in Österreich diese Vorschriften einzuhalten und leistet Gewähr dafür, dass auch alle seine Subunternehmer diese einhalten. Der Bieter hat im Auftragsfall darüber hinaus die sich aus den Übereinkommen Nr. 29, 87, 94, 95, 98, 100, 105, 111, 138, 182 und 183 der Internationalen Arbeitsorganisation, BGBl. Nr. 228/1950, Nr. 20/1952, Nr. 39/1954, Nr. 81/1958, Nr. 86/1961, Nr. 111/1973, BGBl. III Nr. 41/2002 und BGBl. III Nr. 105/2004, ergebenden Verpflichtungen, einzuhalten. Diese Vorschriften werden bei der Wirtschaftskammer Niederösterreich und der NÖ Arbeiterkammer zur Einsichtnahme durch interessierte Bewerber und Bieter bereitgehalten; die einschlägigen Auskünfte über die am Ort der Ausführung während der Durchführung des Auftrages maßgeblichen arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften können bei diesen Einrichtungen bezogen werden.

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

Der Bieter hat das Angebot mit dem AG abzustimmen und allfällige Änderungswünsche zu berücksichtigen. Der Bieter darf die Arbeiten nicht ausführen, solange der AG keine schriftliche Beauftragung vorgenommen hat. Nimmt der AG das Angebot an, so wird über den Auftrag ein konkretes Beauftragungsschreiben erstellt. Bis zum Vorliegen eines entsprechenden Beauftragungsschreibens ist der Bieter von seiner Leistungspflicht befreit und hat vor Beauftragung auch keinerlei Rechtsanspruch auf eine Leistungsvergütung.

2.2. Schlüsselpersonal

2.2.1 Der Bieter erklärt über geeignetes Personal in ausreichender Zahl zu verfügen, um die Anforderungen und Qualitätsstandards des jeweiligen Auftrages erfüllen zu können. Der Bieter hat die Anzahl und Qualifikation des einzusetzenden Schlüsselpersonals bekanntzugeben (siehe hierzu auch Punkt 3.12).

2.3. Subunternehmer und notwendige Subunternehmer

2.3.1. Der Nachweis der Befugnis eines Subunternehmers (verbundenes Unternehmen oder sonstiger Subunternehmer) ist - selbst für den Fall, dass der Bieter für den Nachweis seiner Eignung diese nicht benötigt („zweckmäßiger Subunternehmer“) - für jeglichen Leistungsteil, den der Subunternehmer ausführen soll, auf gesonderte Aufforderung durch den AG zu erbringen (Vorsicht bei „notwendigen Subunternehmern“; siehe dazu Punkt 2.3.2).

2.3.2. Wenn der Bieter nicht selbst über die erforderliche Befugnis, technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügt, muss er sich auf die Kapazitäten seiner Subunternehmer stützen („notwendiger Subunternehmer“). Im Falle dieser Namhaftmachung eines entsprechend geeigneten Subunternehmers, sind dem Angebot folgende Nachweise beizulegen:

- a) Nachweis, dass dem Bieter für die Ausführung des Auftrages die beim Subunternehmer vorhandenen Mittel auch tatsächlich zur Verfügung stehen (Subunternehmererklärung).
- b) Erklärung über die solidarische Haftung des Subunternehmers gegenüber dem AG, falls sich der Bieter zum Nachweis seiner finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten des Subunternehmers stützt.
- c) Alle Eignungsnachweise, die vom Bieter gefordert sind, soweit sie für den Leistungsteil des Subunternehmers relevant sind.

2.4. Subunternehmerleistungen

2.4.1. Die Weitergabe des gesamten Auftrags ist unzulässig; ausgenommen sind Kaufverträge sowie die Weitergabe an verbundene Unternehmen. Die Weitergabe von Teilen der Leistung ist überdies nur insoweit zulässig, als der Subunternehmer die für die Ausführung seines Teiles erforderliche Befugnis, technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die allgemeine und besondere berufliche Zuverlässigkeit besitzt.

2.4.2. **Der Bieter hat die Leistungen** – mit Ausnahme der zulässigen Beiziehung eines Subunternehmers – **ausschließlich selbst zu erbringen**. Der Bieter darf nur jene Subunternehmer und diese nur in jenem Ausmaß beiziehen, wie er sie in seinem Angebot oder im Rahmen einer davor gelagerten Eignungsprüfung namhaft gemacht hat.

2.4.3. Die Beiziehung eines bisher noch nicht namhaft gemachten Subunternehmers durch den Bieter ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG zulässig.

2.4.4. Der AG wird einem Wechsel des Subunternehmers grundsätzlich dann zustimmen, wenn hierfür eine sachliche Notwendigkeit besteht und der Bieter zumindest die Gleichwertigkeit mit dem ursprünglichen Leistungserbringer nachweist. Dabei behält sich der AG vor, für den neuen Subunternehmer alle Nachweise zu fordern, welche auch der AN im Vergabeverfahren erbringen musste.

2.4.5. Der Bieter haftet dem AG in jedem Fall für seine Subunternehmer gemäß § 1313 a ABGB. Diese Haftung gilt auch für bloße Lieferanten, sofern der AG keinen Einfluss auf die Entscheidung der Hinzuziehung oder die Auswahl dieses Lieferanten hatte. Auf Verlangen des AG hat der AN die mit seinen Subunternehmern geschlossenen Vereinbarungen dem AG zur Einsicht vorzulegen.

2.4.6. Der Bieter verpflichtet sich, Zahlungen des AG an Subunternehmer als schuldbefreiend anzuerkennen, falls der Bieter mit seinen Zahlungsverpflichtungen aus diesem Vertrag gegenüber Subunternehmern verschuldet in Verzug gerät (bedingte Forderungsabtretung).

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

2.5. Bietergemeinschaften

2.5.1. Bietergemeinschaften (BIEGE) sind zulässig, Durch Abgabe ihres Angebotes verpflichtet sich die BIEGE im Auftragsfall eine solidarisch haftende Arbeitsgemeinschaft (ARGE) iSd BVergG (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zu bilden. Bereits bestehende ARGE haben auf Aufforderung des AG eine Kopie des ARGE-Vertrages zu senden.

2.5.2. Die ausgeschriebene Leistung stellt eine Gesamtleistung dar, die Befugnisse in unterschiedlichen Fachrichtungen erfordern kann. Jedes Mitglied der BIEGE oder ARGE hat die Befugnis für den ihm konkreten zufallenden Leistungsteil nachzuweisen. Die BIEGE oder ARGE muss daher insgesamt zur Leistungserbringung befugt sein und über die erforderliche technische, finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügen.

2.5.3. Es sind alle Mitglieder der beauftragten ARGE zur vertragsgemäßen Erbringung der Leistung und zur Einhaltung der sonstigen Verpflichtungen aus dem Vertrag solidarisch verpflichtet. Die ARGE hat dem AG einen zustellbevollmächtigten Federführer namhaft zu machen, der in allen Belangen der Auftragsabwicklung Ansprechpartner ist. Einschränkungen des Umfangs der Vollmacht des Vertreters der ARGE sind gegenüber dem AG unwirksam. Allfällige Änderungen in der Person des für die ARGE Bevollmächtigten sind dem AG unverzüglich schriftlich bekannt zu geben.

2.6. Nachweise und Ausschlussgründe

2.6.1. Die Bieter können ihre Eignung durch die Vorlage einer Erklärung belegen, dass sie die vom AG verlangten Eignungskriterien erfüllen und die festgelegten Nachweise auf Aufforderung unverzüglich beibringen können (Eigenerklärung). In einer solchen Erklärung sind die Befugnisse anzugeben, über die der Bieter konkret verfügt.

2.6.2. Die Bieter sind außerdem berechtigt, die vergaberechtliche Eignung mit der Mitgliedschaft beim Auftragnehmerkataster Österreichs (ANKÖ – www.ankoe.at) durch Bekanntgabe ihrer ANKÖ-Mitgliedsnummer nachzuweisen, sofern die geforderten Informationen dort in der geforderten Aktualität verfügbar sind.

2.6.3. Die Bieter müssen das Nichtvorliegen von Gründen, die zum Ausschluss vom Beschaffungsprozess führen, auf gesonderte Aufforderung durch den AG unverzüglich wie folgt nachweisen können:

- a) ANKÖ-Mitgliedsnummer oder Auszug aus dem aktuellen Firmenbuch (nicht bei natürlichen Personen) oder jeweils eine gleichwertige Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes des Bewerbers, aus der hervorgeht, dass die Erfordernisse gemäß § 68 Abs 1 Zi 3 und 4 BVergG erfüllt sind;
- b) ANKÖ-Mitgliedsnummer oder letztgültiger Kontoauszug der zuständigen Sozialversicherungsanstalt (maximal drei Monate alt) und letztgültige Lastschriftanzeige der zuständigen Finanzbehörde (maximal drei Monate alt) oder gleichwertige Dokumente des Herkunftslandes des Bewerbers, um die in § 68 Abs 1 Zi 6 BVergG geforderten Erfordernisse nachzuweisen;
- c) Mit Abgabe des Angebotes erklärt der Bieter verbindlich, dass die Ausschlussgründe gemäß § 68 Abs 1 Zi 1, 2, 5 und 7 BVergG nicht vorliegen.

2.6.4. Der AG wird überdies über den Bieter eine Auskunft bei der zentralen Verwaltungsstrafevidenz des Bundesministers für Finanzen gemäß § 28b Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl Nr 218/1975 idgF, (in der Folge „AusIBG“) einholen.

2.7. Abänderungsangebote

Abänderungsangebote sind nicht zulässig und werden vor der Wahl des Angebotes für den Abschluss des Vertrages ausgeschlossen.

2.8. Rechenfehler

Rechnerisch fehlerhafte Angebote werden gemäß BVergG zwar nicht ausgeschlossen, eine Vorreihung infolge Berichtigung eines Rechenfehlers ist jedoch unzulässig.

2.9. Optionen

2.9.1. Der Bieter ist an die als „Option“, „optional“ oder „optionale Leistungen“ gekennzeichneten Teile des Vertrages gebunden und im Falle des Abrufes der Optionen verpflichtet, die als Optionen udgl gekennzeichneten Teile zu den Bedingungen des Vertrages zu erbringen.

2.9.2. Optionsrechte begründen keinen schuldrechtlichen Anspruch des Bieters auf Leistungserbringung, sondern stellen Gestaltungsrechte des AG dar. Selbst im konkreten Bedarfsfall hat der Bieter keinen Rechtsanspruch auf den (gänzlichen bzw. teilweisen) Abruf einer Option und kann bei Nichtabruf keinerlei Ansprüche (insbesondere Bereicherungs- und Schadenersatzansprüche) geltend zu machen.

2.9.3. Der AG wird den Abruf von optionalen Leistungsteilen jedenfalls so rechtzeitig bekannt geben, dass dem Bieter für die Vornahme der erforderlichen Dispositionen ausreichend Vorlaufzeit verbleibt. Mit der Erbringung einer als „Option“ udgl gekennzeichneten Leistung darf erst nach deren schriftlichen Abruf begonnen werden; vor einem solchen Abruf bestehen keinerlei Vergütungs- oder sonstigen Ansprüche des Bieters gegen den AG.

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

2.10. Örtliche Verhältnisse

Mit der Einreichung des Angebots bestätigt der Bieter, dass er alle örtlichen Gegebenheiten, , und alle sonstigen für die Leistungserbringung maßgeblichen Umstände festgestellt und in der Preisbildung berücksichtigt sowie die für das Angebot erforderlichen Unterlagen eingehend geprüft hat; Nachforderungen aufgrund solcher Umstände sind ausgeschlossen.

2.11. Unklarheiten in den Beschaffungsunterlagen

Sollten sich dem Bieter bei Prüfung der Beschaffungsunterlagen Widersprüche, sonstige Unklarheiten oder (vermutete) Verstöße gegen Vergabebestimmungen ergeben, so hat er dies dem AG umgehend mitzuteilen. Mit der Abgabe des Angebotes bestätigt der Bieter, dass die Beschaffungsunterlagen einer vollständigen Prüfung unterzogen worden sind, dass die Beschaffungsunterlagen für die Abgabe eines Angebotes ausreichend sind und dass der Bieter in der Lage ist, die Entscheidung zur Abgabe eines Angebotes zu treffen.

2.12. Maßnahmen gegen Korruption und Wettbewerbsbeschränkungen

Der Bieter verpflichtet sich,

- (1) alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen und insbesondere alle hierzu notwendigen organisatorischen und personellen Vorkehrungen zu treffen, damit er und sämtliche für ihn tätigen Personen im geschäftlichen Verkehr mit der NÖ LK-H
 - a. alle strafrechtlichen Bestimmungen zur Bekämpfung von Korruption, insbesondere auch die Bestimmungen der §§ 168b, 153, 153a, 304 bis 307b, 308 und 146 bis 148a StGB sowie der §§ 10 bis 12 UWG einhalten;
 - b. den für die NÖ LK-H tätigen Personen keine Zuwendungen oder andere Vorteile anbieten, versprechen oder gewähren, keine Zuwendungen oder andere Vorteile von solchen Personen fordern, sich versprechen lassen oder annehmen und nicht auf sonstige Weise danach trachten, solche Personen zu beeinflussen;
 - c. Dritte nicht zu in a) und b) umschriebenen Handlungen bestimmen oder sonst zu deren Ausführung beitragen;
- (2) nicht gegen kartellrechtliche oder andere Vorschriften, die dem Schutz des unbeschränkten Wettbewerbs dienen, insbesondere durch Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, durch verbotene Preisempfehlungen oder durch Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten sowie über Gewinnbeteiligung und Abgabe an andere Bewerber zu verstoßen;
- (3) allen seinen Subunternehmern die in (1) und (2) umschriebenen Pflichten zu überbinden sowie vom Vertrag mit einem Subunternehmer mit sofortiger Wirkung zurückzutreten bzw. einen solchen Vertrag mit sofortiger Wirkung aufzukündigen, wenn erwiesen ist oder doch ein begründeter Verdacht besteht, dass der Subunternehmer eine im Vorangehenden umschriebene Handlung begangen hat.

2.13. Geheimhaltung von vertraulichen Informationen

2.13.1. Der Bieter verpflichtet sich,

- (1) die Beschaffungsunterlagen sowie alle ihm im Zusammenhang mit der Beschaffung, dem Abschluss des Vertrags und der Abwicklung des Vertragsverhältnisses bekannt gewordenen und noch bekannt werdenden Informationen und Unterlagen sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der NÖ LK-H (im Folgenden kurz: vertrauliche Informationen) – gleichviel, ob sie in mündlicher, schriftlicher, visueller, elektronischer oder sonstiger Form vorliegen, – vertraulich zu behandeln;
- (2) für den Fall, dass er sich zur Erfüllung seiner (vor-) vertraglichen Verpflichtungen, Obliegenheiten und sonstigen Aufgaben anderer Personen bedient, die Verpflichtung zur Geheimhaltung dieser vertraulichen Informationen auch allen für ihn tätigen Personen zu überbinden und nur solche Personen einzusetzen, die vor Aufnahme ihrer Tätigkeit zur Geheimhaltung nachweislich ausdrücklich schriftlich verpflichtet wurden;
- (3) die vertraulichen Informationen ausschließlich im Rahmen des Beschaffungsvorganges, unter Einhaltung der vergaberechtlichen Grundsätze und nicht auch für eigene andere sowie für Zwecke Dritter zu nutzen;
- (4) die vertraulichen Informationen nur nach ausdrücklicher, schriftlicher Zustimmung durch die NÖ LK-H offenzulegen, zu veröffentlichen, kommerziell zu verwerten oder an Dritte (ausgenommen für Zwecke der Angebotserstellung durch Subunternehmer und Zulieferanten) weiterzugeben; auch Pressenotizen und sonstige Mitteilungen dürfen nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch die NÖ LK-H weitergegeben werden.

2.13.2. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Beschaffungsvorganges, aber auch während der Abwicklung und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses örtlich, zeitlich und auch sonst in jeder Hinsicht uneingeschränkt fort; das gilt auch gegenüber den mit dem Bieter verbundenen Unternehmen sowie den in 2.13.1 (2) genannten Personen.

2.13.3. Von dieser Geheimhaltungspflicht ausgenommen sind Unterlagen und Informationen, für die der Bieter den Nachweis erbringt, dass sie allgemein bekannt sind oder bekannt werden, ohne dass dies von ihm zu vertreten ist,

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

oder dass diese ihm bereits bekannt waren, bevor sie ihm der AG zugänglich machte, oder dass sie ihm durch einen Dritten zur Kenntnis gelangt sind, ohne dass er die dem AG gegenüber bestehende Geheimhaltungspflicht verletzt hat.

2.13.4. Alle Unterlagen des Beschaffungsvorganges unterliegen dem Urheberrecht.

2.13.5. Der AG wird analog zu den oben genannten Bestimmungen den vertraulichen Charakter aller, den AN betreffenden Angaben wahren.

2.14. Zuschlagsfrist

Der Bieter bleibt ab dem Ende Angebotsfrist an sein Angebot für die Dauer von fünf Monaten gebunden.

2.15. Rechtsschutz, Vergabekontrollbehörden

2.15.1. Sofern für das vom AG gewählte Verfahren ein Rechtsschutz gemäß den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006 idgF vorgesehen ist, gilt das NÖ Vergabe- Nachprüfungsgesetz, LGBl 7200 idgF.

2.15.2. In diesem Fall sind die zuständigen Vergabekontrollbehörden die NÖ Schlichtungsstelle für öffentliche Aufträge (A-3109 St. Pölten, Landhausplatz 1) und das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich. Das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich hat seinen Sitz in St. Pölten (A_3109 St. Pölten, Rennbahnstraße 29).

2.16. Schadenersatz

Der AG bzw. die vergebende Stelle haften für einen Schaden, der dem AN im Beschaffungsvorgang allenfalls entsteht, ausschließlich bei nachgewiesenem hinreichend qualifizierten Verstoß gegen vergaberechtliche Bestimmungen.

3. Allgemeine Vertragsbedingungen für Beratungsdienstleistungen

3.1 Leistung – Ausführung

3.1.1 Grundsätze

3.1.1.1 Der AN ist sich bewusst, dass es sich bei dem AG um einen Krankenhausbetreiber handelt, in dessen Umfeld besondere Anforderungen, insbesondere im Hinblick auf Geschäfts-, Strahlenschutz-, Hygienebestimmungen und Patientendaten, zu beachten sind.

3.1.1.2 Bei der Vertragserfüllung, insb in bereits in Betrieb befindlichen Gebäuden bzw in deren unmittelbarer Nähe ist auf den Klinikbetrieb Rücksicht zu nehmen. Insbesondere haben die Leistungen in der Weise zu erfolgen, dass der Klinikbetrieb nicht beeinträchtigt wird.

3.1.1.3 Der AN verpflichtet sich, die ihm übertragenen Arbeiten mit fachlicher und unternehmerischer Sorgfalt nach bestem Wissen durchzuführen, wobei der AN als Sachverständiger nach § 1299 ABGB gilt. Der AN wird die Leistungen so erbringen, dass sie dem jeweils aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen.

3.1.1.4 Der AN hat den AG rechtzeitig auf für einen sachverständigen Leistungserbringer erkennbare Risiken hinzuweisen; eine solche sich aus seinen vertraglichen Pflichten ergebende Mitteilung hat insbesondere dann zu erfolgen, wenn eine Handlung des AN oder Forderungen des AG im Einzelfall offensichtlich unwirtschaftlich, fehlerhaft, unvollständig, nicht eindeutig oder objektiv nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand ausführbar ist.

3.1.1.5 Den AN trifft keine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit allfälliger vom AG beigestellten Daten, Texte und Bilder; der AN hat jedoch die Verpflichtung zur schriftlichen Warnung, wenn die Unvollständigkeit und/oder Fehlerhaftigkeit von übermittelten Daten, Texten und Bildern dem AN bei der Durchführung seiner vertraglichen Leistungen auffallen hätten müssen. Der AN hat ihm zur Auftragserfüllung übergebene Daten, Texte und Bilder daher auf deren Vollständigkeit und Korrektheit zu überprüfen und eine Unvollständigkeit/Fehlerhaftigkeit an den AG zu melden, bevor er die geschuldete Leistungserbringung fortsetzt.

3.1.1.6 Im Vertrag nicht ausdrücklich genannte Leistungen und Nutzungsrechte sind Gegenstand des Vertrags, soweit sie zur vertragsgemäßen Erfüllung des Leistungsgegenstands nach den im Vertrag festgelegten Bedingungen erforderlich sind; für solche Leistungen kann der AN kein gesondertes oder zusätzliches Entgelt berechnen, sofern der AN seiner Verpflichtung gemäß Punkt 3.1.1.4 nicht vor Ausführung der (Zusatz-) Leistung nachgekommen ist. Hält der AN Änderungen vereinbarter Leistungen bzw. der Umstände der Leistungserbringung oder zusätzliche Leistungen für günstig aus Sicht des AG, so hat er dies und den erforderlichen Zeitpunkt der Leistungsausführung dem AG ehestens nachweisbar bekannt zu geben.

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

3.1.2 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

Bei Erbringung der vereinbarten Leistungen gewährleistet der AN, dass diese und sämtliche daraus resultierende Arbeitsergebnisse den Anforderungen aller geltenden Gesetze und Verordnungen, Leitlinien (wie ÖNORMen), ArbeitnehmerInnenschutz sowie den entsprechenden EU-Richtlinien und den Leistungsanforderungen des AG entsprechen.

3.1.3 Verfahrensbegleitung

Der AN ist verpflichtet, im Fall von vergaberechtlichen Schlichtungs-, Nachprüfungs oder Feststellungsverfahren, im Fall sonstiger gerichtlicher oder behördlicher Verfahren und vor dem (Landes)Rechnungshof im Zusammenhang mit seiner Beratertätigkeit seine Expertise/Leistung gegen gesondertes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Bei schuldhafter Verletzung geltender Bestimmungen oder verschuldeten Beratungsfehlern haftet der AN dem AG für den entstandenen Schaden.

3.2 Leistungsänderungen (Change Requests)

3.2.1 Berechtigung des AG zur Anordnung von Leistungsänderungen bzw. zusätzlichen Leistungen

Der AG ist berechtigt, den Leistungsumfang zu ändern, sofern dies dem AN zumutbar ist. Sollten die Änderungen zur Folge haben, dass sich vertragswesentlichen Qualitätskriterien oder Leistungsmengen ändern und es dadurch zu Mehr-/Minderkosten oder Terminverschiebungen kommt, wird der AN den AG unverzüglich informieren. Der AG entscheidet umgehend, ob er trotz dieser Umstände diese Änderungen vornehmen möchte. Die infolge einer Leistungsabweichung erforderlichen Anpassungen (zB der Leistungsfrist oder des Entgelts) sind während eines aufrechten Projektes ehestens durchzuführen.

3.2.2 Abgeltung von Änderungen

Vom AG verlangte Änderungen sind vom AN schriftlich, elektronisch oder per Fax anzubieten und vom AG schriftlich, elektronisch oder per Fax zu beauftragen. Zusatzleistungen können nur verrechnet werden, wenn sie seitens des AG schriftlich, elektronisch oder per Fax beauftragt wurden. Änderungen, die aufgrund von Mängeln, die vom Auftragnehmer oder dem ihm zuzurechnenden Personen verursacht wurden, des Ergebnisses einer schon fertig gestellten Phase des Projekts nötig werden, sind vom AN kostenlos durchzuführen, wenn er diese Phase des Projekts ebenfalls durchgeführt hat, sonst vom AG zu bezahlen. Der AN hat elektronische Aufzeichnungen über alle diskutierten Change Requests zu führen, aus welchen insbesondere die fortlaufende Nummer, der Weg der Behandlung des Change Requests sowie seine zeitlichen und finanziellen Auswirkungen ersichtlich sind.

3.2.3 Änderungen des Preisgefüges

Wird bei vereinbarter Abrechnung nach Aufwand (Regiearbeiten) für den AN erkennbar, dass der veranschlagte Gesamtpreis sich voraussichtlich um mehr als 4% erhöhen wird, so hat dies der AN dem AG unverzüglich schriftlich, elektronisch oder per Fax bekannt zu geben. Überschreitungen um mehr als EUR 10.000.- sind jedenfalls bekannt zu geben. Bei Missachtung dieser Hinweispflicht verliert der AN jeden Anspruch auf Vergütung der Überschreitung.

3.3 Modalitäten der Leistungserbringung

3.3.1 Termine

3.3.1.1 Die Leistungen sind gemäß dem vereinbarten Terminplan zu erbringen.

3.3.1.2 Sämtliche Leistungen des AN haben so rechtzeitig zu erfolgen, dass Übernahme sowie Nutzung der Leistung im Echtbetrieb nach Beseitigung etwaiger Mängel zum vereinbarten Fertigstellungszeitpunkt beginnen kann. In der Folgezeit durch den AG festgelegte oder abgeänderte Termine werden für den AN verbindlich und damit Vertragsbestandteil, wenn er diesen zustimmt oder sie ihm so rechtzeitig mitgeteilt werden, dass ihm die Berücksichtigung der Termine bei Anwendung üblicher Sorgfalt und zumutbarer organisatorischer Maßnahmen möglich ist. Bei drohender Überschreitung von Terminen hat der AN den AG umgehend zu informieren und geeignete Vorschläge zur Einhaltung der Termine zu unterbreiten.

3.3.1.3 Bei drohendem Verzug sind der AG bzw. die jeweils anfordernde Stelle des AG hiervon unverzüglich und nachweislich schriftlich, mittels Fax oder elektronisch unter Angabe der Gründe sowie der voraussichtlichen Dauer des Verzugs sowie von den vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen zu verständigen.

3.3.2 Mitwirkung des AG

3.3.2.1 Der AG wird den AN bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen durch die Zur Verfügung Stellung eines räumlich ungestörten Arbeitsumfeldes in angemessenem Umfang unterstützen und nach Aufforderung alle für die Leistungserbringung erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Verfügung stellen. Diese

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

Mitwirkungspflicht des AG ändert nichts an den Pflichten des AN aus diesem Vertrag. Für den Fall, dass der Auftragnehmer Informationen und Unterlagen direkt von (betroffenen) MitarbeiterInnen des AG oder in einem Klinikum zur Verfügung gestellt werden soll, wird der AG diese MitarbeiterInnen (und sofern geboten auch den betroffenen Betriebsrat) rechtzeitig informieren.

3.3.2.2 Der AN ist verpflichtet, den AG über alle Umstände in Kenntnis zu setzen, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sind. Das gilt auch für alle Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des AN bekannt werden. Der AN ist verpflichtet, Weisungen des AG umgehend Folge zu leisten.

3.3.2.3 Dokumentation

Der AN ist verpflichtet, über Verlangen des AG über den Leistungsfortschritt schriftlich Bericht zu erstatten.

3.3.2.4 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Sitz des AG und/oder der betroffene Klinikstandort, sofern kein anderer Erfüllungsort vereinbart wird.

3.3.3 Freigabe von Leistungen durch den AG

3.3.3.1 Der AN hat sämtliche seiner Leistungen dem AG zur Freigabe vorzulegen. Der AG hat seine Leistungen dem AN so rechtzeitig vorzulegen, dass dieser eine angemessene Frist für die Prüfung und Freigabe der Leistungen hat.

3.3.3.2 Der AG wird Leistungen ausschließlich ausdrücklich und schriftlich freigegeben.

3.3.3.3 Erfolgt eine Freigabe von Entwürfen des AN durch den AG, so entbindet das den AN nicht von der Gewährleistung. Die Freigabe durch den AG bedeutet lediglich, dass der AG den Entwurf in Bezug auf Plausibilität und Einhaltung der Vorgaben des AG zugestimmt hat und entbindet den AN daher nicht von seiner Haftung für die Richtigkeit und Vertragskonformität der erbrachten Leistungen. Nimmt der AN jedoch eine rechtliche Prüfung vor und entstehen dadurch Kosten Dritter (zB Beratungskosten), so werden diese vom AG nicht gesondert vergütet, sondern sind mit den vereinbarten Preisen abgegolten.

3.4 Abnahme von Ausarbeitungen

3.4.1 Die Prüfung von Ausarbeitungen (zB Konzepte, Dokumentationen) erfolgt nach Wahl des AG

(1) nach Einführung der Mitarbeiter des AG durch den AN in die Ausarbeitung durch Prüfung in einer gemeinsamen Arbeitssitzung von angemessener Dauer kapitelweise auf Vollständigkeit und Einsetzbarkeit (Reviewsitzung) oder

(2) durch einfache Inspektion durch den AG.

3.4.2 In beiden Fällen werden die Ergebnisse schriftlich festgehalten. Werden hierbei schwerwiegende Mängel gefunden, wird dieser Vorgang solange wiederholt, bis die Mängel behoben sind. Als schwerwiegende Mängel gelten dabei insbesondere Mängel, die dazu führen, dass die Abnahme-Leistung nicht vollständig ist, nicht ausreichend spezifisch in Bezug auf die Rahmenbedingungen (technisch, organisatorisch) ist oder nicht im Rahmen der technischen oder organisatorischen Voraussetzungen des AG anwendbar ist. Ansonsten wird die Ausarbeitung nach Einlangen etwaig erfolgreicher Mängelbehebungen und entsprechender Prüfung vom AG als geprüft erklärt.

3.4.3 Für jede zur Abnahme vorgelegte Leistung ist ein entsprechender im Projektplan festzulegender Zeitraum für die Überprüfung der gelieferten Leistungen (durch den AG) vorzusehen. Werden nach Erklärung der Abnahmebereitschaft durch den AN bzw nach Einlangen von Mängelbehebungen beim AG binnen 30 Werktagen vom AG weder weitere Mängel gerügt noch die Ausarbeitung schriftlich für geprüft erklärt, so gehen Verzögerungen im Terminplan nicht zu Lasten des AN.

3.4.4 Sofern nicht ausdrücklich eine Abnahme von Ausarbeitungen (Meilenstein bzw ausdrückliche Vereinbarung der Abnahme von Zwischenergebnissen) vereinbart wurde, bedeutet die Abnahme der Ausarbeitungen keine Abnahme der vertraglich geschuldeten Leistungen, sondern die Wissenserklärung des AG, dass keine Widersprüche in der Ausarbeitung selbst oder zwischen Ausarbeitung und Wirklichkeit aufgefallen sind. Insbesondere übernimmt der AG mit der Prüfung von Ausarbeitungen keine Haftung für die Vollständigkeit und Durchführbarkeit der beschriebenen Maßnahmen bzw für die Realisierbarkeit und Vertragskonformität der weiteren auftragsgegenständlichen Leistungen. Sofern eine Abnahme von Ausarbeitungen vereinbart wurde, stellt diese den Abschluss einer erfolgreichen Überprüfung von Projektausarbeitungen dar und bedeutet die Bestätigung durch den AG, dass der funktionale Inhalt der Ausarbeitungen den funktionalen Anforderungen in Bezug auf Vollständigkeit und Einsetzbarkeit entspricht und für die weitere Projektarbeit bindend ist. Jede darüber hinausgehende funktionelle Änderung oder Erweiterung zu dem in freigegebenen Ausarbeitungen Beschriebenen gilt als Change Request des AG.

3.5 Verzug, Ersatzvornahme

3.5.1 Verzug liegt vor, wenn eine Leistung nicht zur gehörigen Zeit, am gehörigen Ort oder auf die bedungene Weise erbracht wird.

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

3.5.2 Gerät der AN in Verzug, hat er den AG unverzüglich nachweislich zu verständigen. Auch die Verweigerung der Übernahme durch den AG bei Vorliegen von wesentlichen Mängeln gilt als Verzug des AN.

3.5.3 Unterbleibt die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung / eines Leistungsteils oder wird die Leistung / der Leistungsteil nicht vertragsgemäß erbracht, so ist der AG nach seiner Wahl berechtigt,

- (1) auf Erfüllung zu bestehen und nach seiner Wahl eine Vertragsstrafe gemäß Punkt 3.5 zu fordern oder
- (2) unter Setzung einer angemessenen Nachfrist vom Vertrag zurückzutreten und / oder eine Ersatzvornahme auf Kosten und Gefahr des AN durchführen zu lassen. In diesem Fall ist die Vertragsstrafe nur bis zum Wirksamwerden der Rücktrittserklärung oder bis zur Ersatzbeschaffung zu entrichten.
- (3) Die Setzung einer Nachfrist entfällt bei Fixgeschäften gemäß § 919 ABGB.

3.6 Vertragsstrafen

3.6.1 Der AG ist berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung zu fordern. Die Vertragsstrafe gebührt unabhängig davon, ob ein Schaden eingetreten ist oder ob den AN ein Verschulden trifft oder ob die Voraussetzungen für die Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund erfüllt sind oder ob der AN seiner Verpflichtung gem Pkt 3.3.1.3 nachgekommen ist

3.6.2 Ein über die Vertragsstrafe hinausgehender, tatsächlicher Schaden ist bei Vorliegen von Verschulden vom AN zu ersetzen.

3.6.3 Eine Vertragsstrafe kann nach Wahl des AG gefordert werden

- | |
|---|
| <ol style="list-style-type: none">a) bei Nichteinhaltung der vereinbarten Termine iHv EUR 110,00 oder in Höhe von 0,01 % des Wertes der Gesamtleistung pro angefangenem Kalendertag der verspätet erbrachten (Teil-)Leistung; bei Vertragsrücktritt wird die Vertragsstrafe bis zur Zustellung der Rücktrittserklärung bzw. bis zur Ersatzbeschaffung berechnet;b) bei einem Verstoß gegen die Verpflichtungen im Zusammenhang mit Pkt 2.4 (Subunternehmerleistungen) und Pkt 2.2 (Schlüsselpersonal) iHv EUR 5.000,- (fünftausend);c) bei einem Verstoß gegen Pkt 3.15 (Treuepflicht) oder Pkt 3.16 (Datenschutz) iHv EUR 10.000,- (zehntausend) pro Verletzungsfall |
|---|

3.6.4 Mit Ausnahme der Vertragsstrafen gemäß Pkt 3.6.3 lit c) ist die jeweilige Vertragsstrafe mit fünf Prozent der Nettoauftragssumme des abgeschlossenen Leistungsvertrages begrenzt.

3.6.5 Ist der AN durch Umstände, die in der Sphäre des AG liegen oder durch höhere Gewalt an der fristgerechten Leistung gehindert, so entfällt seine Verpflichtung zur Zahlung der Vertragsstrafe für den Zeitraum der Verhinderung, sofern er dies dem AG unverzüglich anzeigt und einen entsprechenden Nachweis erbringt.

3.7 Gewährleistung

3.7.1 Der AN leistet volle Gewähr für eine vertragsgemäße Erfüllung.

3.7.2 Die Gewährleistungsfrist beträgt zwei Jahre. Bietet der AN eine längere Gewährleistungsfrist an, so gilt diese.

3.7.3 Die Gewährleistungsfrist beginnt ab erfolgreicher Abnahme; bei versteckten (geheimen) Mängeln und bei Rechtsmängeln beginnt die Frist ab Kenntnis des AG vom Mangel bzw. dem (vom AN zu beweisenden) Zeitpunkt, an dem einem sorgfältigen AG der Mangel hätte auffallen müssen zu laufen. Versteckte (geheime) Mängel, die erst später als 5 Jahre nach Übergabe erkennbar werden, unterliegen nicht mehr dem Gewährleistungsrecht.

3.7.4 Es bleibt dem Ermessen des AG vorbehalten, ob er zunächst Verbesserung, Austausch der Sache, oder Preisminderung begehrt. Verlangt er Verbesserung/Austausch, so hat der AN während der Gewährleistungsfrist auftretende Mängel auf seine Gefahr und Kosten innerhalb angemessener Frist zu beheben/auszutauschen. Als sekundärer Gewährleistungsbehelf kann Wandlung gemäß den gesetzlichen Vorgaben geltend gemacht werden.

3.7.5 Der AG ist in dringenden Fällen auch berechtigt, nach Verständigung des AN Mängel selbst ohne Nachfrist auf Kosten des AN zu beheben oder durch Dritte beheben zu lassen, ohne dass damit seine Ansprüche wegen dieser Mängel beeinträchtigt werden würden; ist Gefahr im Verzug, so kann der AG selbst ohne Verständigung des AN auf diese Weise vorgehen. Die Kosten der vom AG mit der Überwachung von Mängelbehebungen betrauten Sachverständigen trägt der AN.

3.7.6 Die Beweislast für das Nichtvorliegen von Mängeln und für die bloße Geringfügigkeit eines Mangels trägt der AN.

3.7.7 Im Übrigen gelten die gesetzlichen Gewährleistungsbestimmungen. Der AN verzichtet jedoch auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge. Die Mängelrüge ist jedenfalls rechtzeitig, wenn sie innerhalb der Gewährleistungsfrist erhoben wird.

3.8 Schadenersatz

3.8.1 Der AN hat zur Abdeckung allfälliger Ansprüche des AG über eine ausreichende, auf seine vertraglich bedungene Tätigkeit bezogene Haftpflichtversicherung gegen Sach-, Personen- und Vermögensschäden zu verfügen

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

und auf Verlangen des AG den Bestand dieser nachzuweisen. Die Kosten hierfür sind mit dem vertraglich vereinbarten Entgelt abgegolten.

3.8.2 Der AN haftet gemäß den gesetzlichen Bestimmungen für alle Personen- und Sachschäden, die beim Durchführen von Arbeiten durch den AN oder einen seiner Erfüllungsgehilfen verursacht werden. Dasselbe gilt bei Unterlassung oder nicht ordnungsgemäßer Erfüllung vertraglich vorgesehener Arbeiten bzw sonstigen Verstößen gegen den Vertrag, sofern dem AG hierdurch ein Schaden entstanden ist. Schadenersatz kann nicht nur bei Mangelhaftigkeit der Leistung selbst, sondern auch bei Mangelfolgeschäden geltend gemacht werden.

3.8.3 Die Haftung des AN für Vermögensschäden ist jedoch insgesamt pro Vertrag mit der Höhe des Auftragswerts begrenzt. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt. Die Mitglieder einer beauftragten ARGE haften dem AG zur ungeteilten Hand.

3.9 Ordentliche Kündigung

Ein auf unbestimmte Dauer abgeschlossenes (Rahmen-)Vertragsverhältnis kann von jedem der Vertragspartner jederzeit unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten aufgekündigt werden. Der AG ist berechtigt, ein auf unbestimmte Dauer abgeschlossenes Vertragsverhältnis auch nur hinsichtlich einzelner (Teil)Leistungen zu kündigen.

3.10 Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund

3.10.1 Die Vertragsparteien können aus wichtigem Grund vom Vertrag mit sofortiger Wirkung ganz oder teilweise zurücktreten. In diesem Fall gebührt dem AN lediglich das auf die bereits erbrachten sowie auf jene Arbeiten, die im Zeitpunkt des Vertragsrücktritts gerade erbracht werden, entfallende Entgelt. Sofern der Rücktrittsgrund in die Sphäre des AN fällt, gebührt das Entgelt nur insoweit, als die Ergebnisse für den AG weiterverwendbar sind. Weiter gehende Ansprüche des AN sind ausgeschlossen. Allfällige Ansprüche auf Schadenersatz oder Pönalen bleiben unberührt. Das Nutzungsrecht gekaufter Lizenzen bleibt weiter bestehen. Machen Dritte aus diesem Grunde Ansprüche gegen den AG geltend, hat ihn der AN schad- und klaglos zu halten.

3.10.2 Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- (1) die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen oder ein solches Insolvenzverfahren mangels kostendeckenden Vermögens aufgehoben worden ist oder
- (2) über das Vermögen des AN ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist und die gesetzlichen Vorschriften den Rücktritt vom Vertrag nicht untersagen oder
- (3) Umstände vorliegen, welche die ordnungsgemäße Erfüllung des Auftrags offensichtlich unmöglich machen oder
- (4) vom AN gegen seine Verpflichtungen gemäß Pkt 3.15 und/oder Pkt 3.16 verstoßen wurde.

3.11 Eigentum und Immaterialgüterrechte

3.11.1 Der AN ist verpflichtet, allfällige bestehende Patente, Urheberrechte oder sonstige gewerbliche Schutzrechte Dritter an Programmen, Konzepten, Grafiken und Unterlagen vollständig zu prüfen. Der AN hält den AG schad- und klaglos, dass durch seine Leistungserbringung und durch die Nutzung einer vom ihm beigestellten Unterlage keine Patente, Urheberrechte oder sonstige gewerblichen Schutzrechte Dritter verletzt werden.

3.11.2 Der AN verpflichtet sich, Kenntnisse, die er im Zuge der Leistungserbringung über unternehmensspezifische Daten und Informationen des AGs erlangt hat (zB (Prozess)abläufe, Durchlaufzeiten OPs), nicht für künftige Leistungserbringungen an Dritte zu nutzen. Diese anvertrauten Daten und Informationen stellen Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse iSd UWG dar.

3.11.3 Das Eigentum an vom Auftragnehmer an den AG übergebenen körperlichen Gegenständen (schriftliche Unterlagen, Datenträger) geht mit der tatsächlichen Übergabe an den AG über. Ein Eigentumsvorbehalt wird nicht akzeptiert.

3.11.4 Der AN ist verpflichtet, dem AG das uneingeschränkte und ausschließliche Nutzungsrecht an der von ihm erbrachten Werke (Dokumente, Zeichnungen, Skizzen, Behelfe, Muster, Modelle, Handbücher, Schulungsunterlagen, Leistungsbeschreibungen, Berichte und sonstige im Zuge der Zusammenarbeit vom AN, seinen MitarbeiterInnen, Subunternehmern und Kooperationspartnern erstellte Unterlagen und sonstige Arbeitsergebnisse) zu übertragen. Der AG erwirbt an allen im Zuge der Leistungserbringung erstellten Werken alle ausschließlichen Nutzungsrechte, soweit diese schutzfähig sind. Der AN räumt dem AG diese Nutzungsrechte sachlich, örtlich und zeitlich unbeschränkt ein. Der AG oder ein von ihm bezeichneter Dritter ist berechtigt, die vom AN erstellten Werke auf alle derzeit und zukünftig bekannten Arten zum Zweck des Einsatzes bei der NÖ-LKH, den Kliniken und dem Land NÖ zu verwerten. Dazu zählen insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Vervielfältigung, die Verbreitung, das Zurverfügungstellen, die

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

Bearbeitung und die Übersetzung. Darüber hinaus ist der AG berechtigt, solche Werke auf Bild und Schallträger und dergleichen auf alle dem Urheber vorbehaltenen Arten zu nutzen oder nutzen zu lassen.

3.11.5 Bedient sich der AN zur Ausführung des Vertrags Dritter, so hat er dafür zu sorgen, dass diese die Rechte an von ihnen geschaffenen Werken in dem unter diesem Punkt vorgesehenen Ausmaß an den AG übertragen, widrigenfalls der AN den AG schad- und klaglos zu halten hat.

3.11.6 Die Rechteeinräumung erfolgt mit Schaffung des Werkes.

3.11.7 Erfindungen

Werden während der Erfüllung des Vertrages durch den AN Erfindungen gemacht, die patentfähig sind, hat der AN hiervon unverzüglich den AG zu verständigen und – das Einverständnis des AG vorausgesetzt – das Patent anzumelden sowie seine Rechte aus der Anmeldung dem AG zu übertragen. Kosten, die im Zusammenhang mit der behördlichen Patentanmeldung notwendig werden, trägt die AG.

3.11.8 Software

Der AN verpflichtet sich, dem AG das nicht exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte und unbeschränkbare, nicht systemgebundene Nutzungsrecht an sämtlichen in den Beschaffungsunterlagen und sonstigen Vertragsunterlagen definierten Software einzuräumen. Der Nutzen der Software definiert sich dabei als die vollständige oder teilweise Inanspruchnahme sämtlicher Funktionen des Softwareproduktes sowie jegliche Inanspruchnahme der Datenbestände des AG unter Nutzung der Produktfunktionalitäten, ununterschieden, ob die Nutzung im Weg einer visualisierten oder nicht visualisierten Schnittstelle, gleichzeitig oder zeitverschoben erfolgt oder erfolgen kann. Das Nutzungsrecht umfasst auch die Zur-Verfügung-Stellung des Arbeitsergebnisses im Wege der Netzanbindung an die in den Beschaffungsunterlagen und sonstigen Vertragsunterlagen festgelegte Anzahl von Benutzern (Lese- und Bearbeitungsnutzung). An Software von einem Dritthersteller erwirbt der AG Nutzungsrechte gemäß den Lizenzbestimmungen des Herstellers, sofern der AG mit diesem keine gesonderten Vereinbarungen getroffen hat. Greift der AN auf Software von Drittherstellern zurück, sind die Lizenzbestimmungen unaufgefordert an den AG informativ zu übergeben und jedenfalls sämtliche Abweichungen zu den Festlegungen des AG schriftlich dem AG vor Vertragsabschluss darzulegen. Im Zuge dessen ist vom AN auch der Nachweis vorzulegen, dass die dargelegten Abweichungen mit dem Dritthersteller rechtskräftig vereinbart wurden.

Der AG erwirbt jedenfalls das Recht, die notwendigen Vervielfältigungen für Sicherungs- und Archivierungszwecke herzustellen.

3.11.9 Eigentumsvorbehalt

Die vom AG zur Ausführung des Auftrags überlassenen bzw von ihm finanzierten Dokumente, Zeichnungen, Skizzen, Behelfe, Muster, Modelle udgl bleiben bzw werden dessen Eigentum, dürfen Dritten weder zugänglich gemacht noch für andere Zwecke eingesetzt und nicht für Werbezwecke verwendet werden. Sie sind nach Leistungserbringung bzw bei Vertragsrücktritt oder Vertragsauflösung sofort an den AG zurückzustellen.

3.11.10 Sonstiges

Im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN oder Abweisung eines Antrags auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens gehen alle dem AN zustehenden Rechte an den vertragsgegenständlichen Leistungen als nicht ausschließliche Rechte auf den AG über, soweit er daran nicht schon weitergehende Rechte erworben hat. Der AN wird dem AG alle Kosten und Schadenersatzzahlungen ersetzen, den dieser aus nachgewiesener verschuldeter Verletzung von Immaterialgüterrechten Dritter durch Lieferungen oder Leistungen des AN erleidet und nötigenfalls als Nebenintervenient zur Seite stehen. In dieser Regelung sind alle vergleichweisen Zahlungen inkludiert, die der AG in Abstimmung mit dem AN aushandelt, sowie die Kosten der für die Bereinigung der Lage beim AG bzw beim Nutzer aufgewendeten Arbeitszeit einschließlich der Kosten für die rechtsanwaltliche Vertretung. Vom AN erbrachte Leistungen aller Art dürfen im Rahmen des Unternehmens des AG und der mit ihm verbundenen Unternehmen sowie des Landes NÖ als Rechtsträger der Landeskliniken und allfälligen anderen mit dem Land NÖ verbundenen Körperschaften verwendet werden. In diesem Zusammenhang stimmt der AN dem Nachdruck, der Vervielfältigung bzw Veröffentlichung von Methoden, Trainingsmaterial und Unterlagen sowie der Weitergabe von Zugangscodes ausdrücklich zu. Eine darüber hinausgehende Weitergabe an Dritte ist dem AG und dem Land NÖ – auch auszugsweise – nicht gestattet.

3.12 Schlüsselpersonal

Während aufrechten Auftragsverhältnisses ist der AN nicht berechtigt, im Rahmen der Anbotslegung bekannt gegebenes Schlüsselpersonal ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG auszutauschen oder abzuziehen. Ausgenommen sind Fälle, in denen Schlüsselpersonal aus dem Unternehmen des AN ausscheidet. Diesfalls hat der AN dem AG unverzüglich eine Ersatzperson mit zumindest gleichwertiger fachlicher Qualifikation vorzuschlagen. Die fachliche Qualifikation der Ersatzperson ist vom AN nachzuweisen. Der AN hat dem AG vorab mitzuteilen, wenn er beabsichtigt, namhaft gemachtes Schlüsselpersonal auszutauschen oder abzuziehen. Der AN hat eine Ersatzperson

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

mit zumindest gleichwertiger fachlicher Qualifikation vorzuschlagen und die fachliche Qualifikation der Ersatzperson nachzuweisen. Bei erfülltem Nachweis hat der AG die Zustimmung zum Austausch zu erteilen, wenn keine schwerwiegenden Gründe gegen die Ersatzperson oder den Wechsel sprechen.

3.13 Preise und Preisnachlässe

3.13.1 Die Preise sind im Preisangebotsverfahren zu erstellen. Die Preise sind je nach Vereinbarung im Einzelfall als Gesamtpauschalen oder auf Tages- oder Stundenbasis zu erstellen. Der Einheitspreis pro Tag setzt sich aus acht Arbeitsstunden zusammen. Gefordert werden Einheitspreise in EUR inklusive aller Gebühren und Abgaben. Alle Preisangaben haben inkl. sämtlicher Nebenkosten (insbesondere Reisespesen durch Leistungserbringungsorte in ganz Niederösterreich, Wegzeit, Fahrtkosten, Kilometergeld, Kosten für Vor- und Nachbereitungen, Versand- und Materialkosten, Lizenzgebühren, Entsorgungskosten) zu erfolgen. Lediglich die erforderlichen Nächtigungskosten können gesondert verrechnet werden, sofern diese vom AG im Vorhinein freigegeben worden sind. Neben den vom AN angebotenen Preisen können keine weiteren Kosten zur Anrechnung gebracht werden. Im Falle einer vereinbarten Gesamtpauschale und im Falle einer Abrechnung nach Tages- oder Stundenpreisen hat der AN die erbrachten Leistungen in seiner Abrechnung darzulegen (Stundenaufstellung). Erreichen im Falle einer vereinbarten Gesamtpauschale die erbrachten Leistungen nicht den Betrag der Gesamtpauschale, kann lediglich die tatsächlich erbrachte Leistung (Tage oder Stunden) zur Verrechnung gelangen.

3.13.2 Die angebotenen Einheitspreise stellen Pauschalpreise iSd BVergG dar und werden für das erste Leistungsjahr als Festpreis garantiert. Nach Ende der Festpreisperiode gilt Wertbeständigkeit des Preises als vereinbart. Als Maßstab zur Berechnung der Wertbeständigkeit dient der von der Statistik Austria monatlich verlaubliche Verbraucherpreisindex 2010 (Basis 2010 =100) bzw der von Amts wegen an seine Stelle tretende Index. Als Bezugsgröße für Anpassungen dient die für das Monat des Wirksamkeitsbeginns der Wertsicherung bekannt gegebene Indexzahl. Schwankungen der Indexzahl von bis zu 5% nach oben oder unten bleiben unberücksichtigt. Die Schwankungsbreite ist nach jedem Überschreiten nach oben oder unten neu zu berechnen, wobei stets die erste außerhalb des jeweils geltenden Spielraums gelegene Indexzahl die Grundlage für die Neufestsetzung des Forderungsbetrages bildet. Alle Veränderungsdaten sind auf eine gerundete Dezimalstelle zu berechnen. Der Nachweis der Erhöhung durch Indexierung ist vom AN zu führen. Forderungen im Zusammenhang mit zurückliegenden Indexanpassungen sind für beide Seiten ausgeschlossen.

3.13.3 Der Preisnachlass für eine Leistung gilt auch für Mehrleistungen. Werden Skonti ohne Angabe eines Zahlungszieles angeboten, so gelten sie als Preisnachlässe.

3.13.4 Leistungen, die der AN ohne vertragliche Grundlage oder in Abweichung vom Vertrag ausführt, werden nur dann vergütet, wenn sie dem AG angezeigt und vom AG im Vorhinein schriftlich genehmigt wurden. Konnte die Genehmigung des AG wegen nicht vom AG zu vertretender Gründe nicht rechtzeitig eingeholt werden, so ist dem AG hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen. Die Leistungen werden in diesem Fall dann vergütet, wenn sie zur Erfüllung des Vertrages notwendig waren.

3.14 Rechnungslegung und Zahlungsbedingungen

3.14.1 Der AN hat die Rechnungen in einer Form zu erstellen, die dem Rechnungsadressaten eine Prüfung mit zumutbarem Aufwand ermöglicht, den Rechnungen alle für die Rechnungsprüfung erforderlichen Unterlagen beizuschließen und sie an die vom AG angegebene Rechnungsadresse (3.14.1) zu senden. Rechnungsadressat ist das Land Niederösterreich per Adresse jenes NÖ Klinikums, dem die auftragsgegenständlichen Leistungen zu Gute kommen. Leistungen, die der Niederösterreichischen Landeskliniken-Holding Zentrale zu Gute kommen, sind der Niederösterreichischen Landeskliniken-Holding per Adresse 3100 St. Pölten, Stattersdorfer Hauptstraße 6/C zu verrechnen.

3.14.2 Die Rechnung hat den gesetzlichen Vorschriften (§ 11 UStG 1994) zu entsprechen und insbesondere folgende Punkte zu enthalten:

- (1) Name (Firma) und Anschrift des AN,
- (2) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, bei der die Rechnung einzureichen ist;
- (3) Tag der Leistung oder Zeitraum, über den sich die Leistungsausführung erstreckt hat,
- (4) Darstellung der ausgeführten Leistung (allenfalls stichwortartig) in einer Stundenaufstellung nach dem Wortlaut und in der Reihenfolge der Positionen gemäß Bestellurkunde (bei Abrufbestellung der Positionen gemäß Abrufbestellung) unter Angabe der Positionsnummer und unter Beigabe aller zur Prüfung erforderlichen Unterlagen,
- (5) Nettorechnungsbetrag (Entgelt im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1994) und anzuwendender Steuersatz, im Falle einer Steuerbefreiung ein entsprechender Hinweis,
- (6) auf das Entgelt entfallender Umsatzsteuerbetrag,

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

- (7) Bruttorechnungsbetrag,
 - (8) fortlaufende Rechnungsnummer,
 - (9) UID-Nummer des AN und bei Rechnungen über 10.000 EUR des AG,
 - (10) Ausstellungsdatum,
 - (11) Nummer und Datum der Bestellurkunde, bei Abrufbestellung zusätzlich die Rahmenvertragsnummer, den Wortlaut der Rahmenvereinbarung,
 - (12) IBAN- und BIC-Code der Bankverbindung des AN
 - (13) sofern vorhanden die interne Bestellnummer des AG (SAP Nummer) oder eine interne Projektnummer
- 3.14.3 Die Zahlungsfrist beträgt 30 (dreißig) Tage ab Rechnungseingang bei der Finanzbuchhaltung des Rechnungsadressaten, frühestens jedoch ab dem Tag der Abnahme.
- 3.14.4 Nicht ordnungsgemäß gelegte, insb falsch adressierte Rechnungen oder Rechnungen mit sachlichen oder rechnerischen Mängeln oder Fehlern begründen bis zur akkordierten Richtigstellung keine Fälligkeit und können vom AG bzw dem Land NÖ jederzeit dem AN zurückgestellt werden. Die Zahlungsfrist beginnt erst mit Eingang der neuen Rechnung bzw Behebung des Mangels zu laufen.
- 3.14.5 Zahlungen des AG bzw des Landes NÖ gelten nicht als Anerkennung der ordnungsgemäßen Erfüllung durch den AN, insb ist mit der Zahlung kein Verzicht auf Ansprüche aus Nicht- oder Schlechterfüllung verbunden.
- 3.14.6 Vorauszahlungen und Anzahlungen werden – außer bei gesonderter Vereinbarung – nicht geleistet.
- 3.14.7 Teilzahlungen werden – soweit vereinbart – nur in Entsprechung des Werts der bereits erbrachten Leistungen und nur nach ordnungsgemäßer Abnahme gewährt.
- 3.14.8 Bei Bezahlung innerhalb von 14 (vierzehn) Tagen ab Beginn der Zahlungsfrist werden 3% (drei Prozent) Skonto vereinbart; die Rechnungen sind innerhalb von 30 Tagen netto zahlbar, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird. Sollte bei einzelnen Teilzahlungen die Skontofrist überschritten werden, so verfällt der Skonto nicht automatisch für alle weiteren Zahlungen.

3.15 Treueverhältnis

Der AN ist aufgrund des zwischen ihm und dem AG bestehenden Treueverhältnisses zur umfassenden Wahrung der Interessen des AG in fachlicher, wirtschaftlicher, rechtlicher und terminlicher Hinsicht verpflichtet. Die Pflichten des AN gem Pkt 2.12 und Pkt 2.13 sind auch während eines aufrechten Vertrages und danach sinngemäß anzuwenden.

3.16 Dienstleistervereinbarung im Sinne des Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000)

3.16.1 Werden dem AN zur Durchführung des Auftrags personenbezogene Daten im Sinne des DSG 2000 oder Gesundheitsdaten im Sinne des GTEIG 2012 überlassen oder im Rahmen des Auftrages solche Daten ermittelt, so ist der AN Dienstleister im Sinne des DSG 2000 und der abgeschlossene Vertrag eine Dienstleistungsvereinbarung im Sinne des DSG 2000.

3.16.2 Der AN verpflichtet sich, Daten und Verarbeitungsergebnisse ausschließlich im Rahmen der Aufträge des AG zu verwenden und ausschließlich dem AG zurückzugeben oder nur nach dessen schriftlichem Auftrag zu übermitteln. Desgleichen bedarf eine Verwendung der überlassenen Daten für eigene Zwecke des AN eines derartigen schriftlichen Auftrages.

3.16.3 Der AN sichert dem AG ausdrücklich zu, dass er insbesondere die Grundsätze der Datensicherheit gemäß § 3 ff GTEIG 2012 einhält und ausreichende Sicherheitsmaßnahmen im Sinne des § 14 DSG 2000 getroffen hat, um zu verhindern, dass Daten nicht ordnungsgemäß verwendet oder unbefugten Dritten zugänglich werden, widrigenfalls er den AG in voller Höhe schad- und klaglos zu halten hat.

3.16.4 Der AN darf ein anderes Unternehmen nur dann mit der Durchführung von Datenverarbeitungen oder Ermittlungen betrauen, wenn dem der AG vorher schriftlich zugestimmt hat. In diesem Fall ist dafür der Abschluss eines Vertrages mit anderen Unternehmen Voraussetzung. In diesem Vertrag ist festzulegen, dass das andere Unternehmen die gleichen Verpflichtungen übernimmt, wie sie den AN aufgrund des Vertrages mit dem AG treffen.

3.16.5 Der AN trägt für die technischen und organisatorischen Voraussetzungen Vorsorge, dass der AG die Bestimmungen der § 26 (Auskunftsrecht) und § 27 (Recht auf Richtigstellung oder Löschung) DSG 2000 gegenüber dem Betroffenen innerhalb der gesetzlichen Fristen jederzeit erfüllen kann und überlässt dem AG alle dafür notwendigen Informationen. Der AN hat den AG überdies unverzüglich in Kenntnis zu setzen, wenn Daten im Sinne des § 24 Abs 2a DSG 2000 systematisch und schwerwiegend unrechtmäßig verwendet wurden. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN dem AG alle Verarbeitungsergebnisse und alle Daten enthaltenen Unterlagen zu übergeben bzw. in dessen Auftrag nachweislich zu vernichten.

3.16.6 Der AN erklärt weiters rechtsverbindlich, dass er alle mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen vor Aufnahme der Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses im Sinne des § 15 DSG 2000 verpflichtet hat.

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR BERATUNGSDIENSTLEISTUNGEN
AGB-NÖLKH-BL
Fassung 01.07.2015

Insbesondere bleibt die Verschwiegenheitsverpflichtung der mit dem Datenverkehr beauftragten Personen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit und Ausscheiden beim Dienstleister aufrecht.

3.16.7 Ein Verstoß gegen diese Vereinbarung berechtigt den AG ohne Einschränkung seiner weiteren rechtlichen Ansprüche, insbesondere Schadenersatzansprüche, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund zu beenden.

3.17 Aufrechnung

Der AN kann gegen Ansprüche des AG oder des Landes NÖ nur mit gerichtlich festgestellten oder vom AG anerkannten Ansprüchen aufrechnen. Der AN erklärt sich mit der Aufrechnung mit Forderungen jeder Art des AG bzw des Landes NÖ einverstanden.

3.18 Gerichtsstand, anwendbares Recht

3.18.1 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist St. Pölten. Der AG ist jedoch wahlweise berechtigt, den AN bei jenem nach den im Sitzstaat des AN maßgeblichen Rechtsvorschriften örtlich und sachlich zuständigen Gericht zu belangen.

3.18.2 Es ist österreichisches Recht unter Ausschluss (i) des Übereinkommens über den internationalen Warenkauf (UNCITRAL- Kaufrecht), (ii) von internationalen Verweisungsnormen sowie (iii) der Vorschriften des IPR- Gesetzes anzuwenden.

3.19 Zurückbehaltung, Leistungspflicht und Verzinsung

3.19.1 Streitfälle über die Leistungserbringung berechtigten die Vertragspartner nicht, die ihnen obliegenden Leistungen einzustellen. Die Bestimmungen von 3.10 bleiben unberührt bestehen. Im Fall von Streitigkeiten ist der AN nicht berechtigt, seine Vertragsleistungen zurückzuhalten oder gar einzustellen.

3.19.2 Rückzuzahlende Beträge sind zuzüglich eines Zinssatzes von 2 Prozent über dem Zwölf-Monats-Euribor vom Tag des Empfanges der Beträge an gerechnet, unverzüglich zurückzuerstatten.

3.20 Allgemeines

3.20.1 Der AG ist berechtigt, jederzeit alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag ohne Zustimmung des AN mit schuldbeitragender Wirkung an mit dem AG verbundene Unternehmen und Organisationen zu übertragen sowie an jene Unternehmen, die direkt oder indirekt vom AG oder vom Land NÖ kontrolliert werden oder welche den AG direkt oder indirekt kontrollieren, und an sämtliche von letztgenannten kontrollierten Unternehmen. Der Vertrag geht auf die Rechtsnachfolger beider Vertragspartner über.

3.20.2 Abschluss, Änderungen und Ergänzungen eines Vertrages sowie alle Erklärungen im Zuge der Vertragsabwicklung sind an die Schriftform bzw an das Fax oder die elektronische Übermittlung gebunden.

3.20.3 Alle sich aus einem diesen AGB-NÖLKH-BL unterliegenden Vertrag oder der damit verbundenen Tätigkeit des Auftragnehmers ergebenden Steuern, Gebühren, Zölle, Urheberrechtsabgaben, Entsorgungsbeiträge udgl. mit Ausnahme der Umsatzsteuer trägt der AN. Wird der AG oder das Land NÖ für solche Abgaben in Anspruch genommen, wird der AN den AG bzw. das Land NÖ schad- und klaglos halten. Insbesondere ist der AG berechtigt, solche Beträge von Entgelten an den AN einzubehalten.

3.20.4 Für den Fall der Rechtsunwirksamkeit einer Vertragsbestimmung vereinbaren die Vertragsparteien, diese Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die wirksam ist und inhaltlich der rechtsunwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Sollte sich eine Vertragsbestimmung als unwirksam, ungültig oder nicht durchsetzbar erweisen, so kommen die Vertragsparteien überein, diese Bestimmung umgehend durch eine wirksame bzw. durchsetzbare zu ersetzen, welche dem ideellen und wirtschaftlichen Gehalt weitgehend entspricht oder am nächsten kommt. Übrige Vertragsbestandteile werden durch die Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung nicht berührt.

3.20.5 Eigentumsvorbehalte und die Zession von Forderungen des AN sind nur nach vorherigem schriftlichem Einverständnis des AG zulässig. Allfällige Eigentumsvorbehalte von Subunternehmern werden nicht anerkannt.

3.20.6 Der AN verzichtet darauf, den Vertrag wegen Irrtum oder Verkürzung über die Hälfte anzufechten oder Einreden aus diesem Titel zu erheben.